

## **Heinrich Färbers Geld- und Steuerlehre**

### **Kann die soziale Frage "ergokratisch" gelöst werden?**

#### **2. Teil: Albert Lämmels Darstellung der "Ergokratie"**

Schon bald, nachdem Karl Marx seine revolutionären Thesen verkündet hatte, meldete sich eine Reihe von Denkern zu Wort, die die Hauptursache der wirtschaftlichen und sozialen Störungen nicht wie der Verfasser des Kommunistischen Manifests im Privateigentum an den Produktionsmitteln sahen, sondern in einer fehlerhaften Geld- und Bodenordnung. Sehr häufig waren es keine Universitätsgelehrte. Ein paar Namen seien genannt: So forderte der amerikanische Bodenreformer Henry George (1839-1897) die völlige Besteuerung der Grundrente, als einzige Steuer überhaupt. Der Preuße Berthold Otto (1859-1933) wollte die Zinswirtschaft durch die Einführung einer geldlosen "Rechenwirtschaft" überwinden. Gottfried Feder (1883-1941) glaubte den Zins auf die Weise abschaffen zu können, daß er die Errichtung einer Staatsbank vorschlug, die für öffentliche Aufgaben zinslose Kassengutscheine ausgeben sollte.

Die tiefsten Einsichten in die Fehlerhaftigkeit des überlieferten Geld- und Bodenrechts hatte zweifellos Silvio Gesell (1862-1930), der Begründer der Freiwirtschaftslehre.

Heinrich Färber, der etwa zeitgleich mit Gesell lebte, dachte sich eine weitere Geldlehre aus, die er "Ergokratie" - "Herrschaft der Leistung" (F II, S.6) - nannte. Mit ihr untrennbar verknüpft sind Vorschläge für eine Steuerrechtsreform.

Im folgenden soll nun Färbers Ergokratie einer näheren Untersuchung unterzogen werden.

#### **Anmerkung:**

Für diese Untersuchung wurden die folgenden Schriften verwendet: Heinrich Färber: Das ergokratische Manifest. 184 Seiten. Wien 1924 (F I); H.Färber: Die Irrlehre Silvio Gesells. 31 Seiten. Wien 1925. (F II); Albert Lämmel: Ergokratie. Idee und Bewegung (L I); A. Lämmel: Die freiheitlich-soziale, leistungsgerechte Ordnung, 5. Auflage (L II); A. Lämmel: Rundbriefe u.a. (LR).

### **1. Teil**

#### **Wer war Heinrich Färber?**

Heinrich Färber ist 1864 in Neusandez (Österreich-Ungarn) zur Welt gekommen. "Färber war gelernter Goldschmied, wanderte in jungen Jahren nach Brasilien aus, machte sich dort in seinen Fach selbständig ... Nach dem erstem Weltkrieg kehrte Färber als wohlhabender Mann nach Europa zurück und ließ sich in Wien nieder. Er kaufte drei Häuser, in einem lebte er und richtete dort einen Versammlungsraum ein, in dem er wöchentlich Sprechabende abhielt ... Färber verstarb, mit seiner Frau, die ihn nicht verlassen wollte, vermutlich durch Selbstmord während der Deportation in ein hitlerisches Konzentrationslager im Jahre 1942. Färber war Jude, seine Frau Christin. Färber besaß, wegen seiner Verbundenheit mit den Thesen Gottfried Feders, einen 'Schutzbrief' des damaligen Wiener Bürgermeisters Hermann Neubacher (ebenfalls Anhänger Gottfried Feders)." Nach Neubachers Soldatentod sei dieser Schutz aber hinfällig geworden. Färber war vermutlich "nicht Mitglied der Wiener israelitischen Kultusgemeinde." (L I, S. 4,6)

## **Färbers Kritik an Silvio Gesell**

Im folgenden sollen Färbers Gedanken an den Aussagen der heutigen Nationalökonomie, vor allem aber an Silvio Gesells Erkenntnissen gemessen werden. Mit diesen hat sich Färber in seiner Streitschrift "Die Irrlehre Silvio Gesells" des längeren auseinandergesetzt und sie als restlos falsch zu kennzeichnen versucht. Gesells Lehre sei darüber hinaus mit "tausend anderen Torheiten" angefüllt, merkte er am Ende an (F II, S. 31).

Hat Färber damit recht?

Hinsichtlich ihrer ablehnenden Beurteilung der Zinswirtschaft stimmen beide Reformer freilich weitgehend überein. Das soll nachfolgend durch Auszüge aus Färbers Schriften belegt werden.

## **Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten bei Färber und Gesell**

### **1. Verwerflichkeit des "monetarischen" Kapitalismus**

"Es muß den denkenden Beobachter mit tiefer Trauer und mit schmerzlichem Erstaunen erfüllen, zu sehen, wie schwer die Menschheit neuen Ideen zugänglich ist. Seit Jahrhunderten erfahren wir, wie sich die Nationen untereinander in blutigen Kriegen zerfleischen, wie innerhalb eines Volkes Parteien und Stände gegeneinander wüten. Dazu kommen die zahllosen Wirtschaftskrisen und das schicksalsschwere Arbeitslosenproblem. Muß das immer so bleiben? In diesem Buche wird zum erstenmal die Frage aufgestellt und gelöst, ob wirklich in einem Staatswesen die Unterschiede zwischen Unternehmer und Arbeiter, zwischen Bürger und Arbeiter fundamentale und prinzipielle sind, ob sie nicht vielmehr alle, unbeschadet freier Meinungsäußerung und freien Auslebens auf religiösem und kulturellem Gebiete, wirtschaftlich eine geschlossene Front als tätige Schaffende gegen die parasitären Nichtschaffenden bilden müßten. Hier wird mit zwingender Logik und erbarmungsloser Deutlichkeit das parasitäre, inflationistische Geldkapital als der wirkliche und gemeinsame Feind entlarvt und der Menschheit ein Ausweg aus den nationalökonomischen Wirrnissen gewiesen." (F I, S. 179)

Und:

"Nun sieht man, daß der Name kapitalistische Wirtschaft unpassend ist. Versteht man unter Kapital, wie die Sozialisten sagen, Maschinen und Rohstoffe, unter Kapitalist den Fabrikanten, den Besitzer von Maschinen und Rohstoffen, und unter kapitalistische Wirtschaft die Beherrschung der Wirtschaft durch den Fabrikanten, so trifft dies bei der jetzigen Wirtschaft nicht zu; denn sie wird nicht durch den Fabrikanten, sondern samt dem Fabrikanten durch den Geldmonopolisten beherrscht. Demzufolge ist diese Wirtschaft *m o n e t a r i s c h* und nicht kapitalistisch [gemeint ist: nicht marktwirtschaftlich] ...

Der Geldmonopolist ist ein Autokrat, ein Tyrann, aber gefährlicher als ein gewöhnlicher, weil er sich nicht wie dieser auf Brachialgewalt, sondern auf Betrug stützt und daher keinen Widerstand bei den Tyrannisierten findet. Durch das Geld, das er sich drückt, schafft er sich eine öffentliche Meinung, die seine Missetaten als Wohltaten preist; Regierungen und Volksvertretungen beugen sich vor ihm.

Kurz, eine monetarische Wirtschaft ist viel schlimmer als eine kommunistische und als eine despotische. Die Wirkungen sind katastrophal. Das gepeinigte Volk, das die Ursache nicht kennt, rebelliert gegen die Regierungen und wird zum Spielball der Demagogen; es kommt zu Bürgerkriegen und internationalen blutigen Verheerungen." (F I, S. 7f.)

### **2. Ablehnung des Kommunismus (des Marxschen Sozialismus)**

"Warum ist man denn dem Kommunismus abgeneigt? Weil man wirtschaftlich frei sein will. Kommunismus ist eine bürokratische Vergebung der Arbeit und bürokratische Verteilung der

Arbeitsprodukte. Das mag man nicht; man will nicht von der Willkür einer kommunistischen Obrigkeit abhängen. Man will schaffen können, was man will, und mit dem Arbeitsprodukte verfügen, wie man will." (F I, S. 6)

Und:

"Man kann nur die Personen wechseln, nicht aber das Unternehmertum aus der Welt schaffen; im kommunistischen System ist der sogenannte Staat der Unternehmer. Die Frage ist daher nicht die, Unternehmer oder keiner, sondern die, ob ein privater Unternehmer oder der Staat als Unternehmer vorzuziehen sei." (F I, S. 157)

Und:

"Die Hinfälligkeit der sozialistischen Lehre ist auch durch die jetzt allgemein bekannte Tatsache dargetan, daß die Wirtschaft nicht, wie der Sozialismus lehrt, von den Unternehmern, sondern von den Banken, den Geldmonopolisten, beherrscht und ausgebeutet wird, und daß zu den Ausgebeuteten auch die Unternehmer gehören." (F I, S. 160)

### **3. Anprangerung des Zinnsystems**

"Zum Schlusse wäre noch zu sagen, daß Zinsen, da sie in Geld gezahlt werden müssen, und da die Zinsnehmer das Zinsgeld nicht, wie Gesell meint, konsumieren, sondern es zum größten Teil kapitalisieren, das heißt wieder auf Zinsen verborgen, überhaupt nicht gezahlt werden können, denn das Geld vermehrt sich im Umlaufen nicht.

Deshalb muß jede Zinswirtschaft bei jedem Zinsfuß zugrunde gehen!

Diese einfache Wahrheit haben sämtliche Nationalökonomien nicht gesehen! Es scheint also, daß helle Köpfe und reine Hände das ökonomische Fach gemieden haben!" (F II, S. 22f.)

Anmerkung:

Knapp und außerordentlich treffend macht Färber hier deutlich, daß jede Zinswirtschaft den Keim des Untergangs in sich trägt.

Den "Gesellianern" ist aber durchaus bekannt, daß die Zinsen größtenteils nicht abgehoben und verbraucht werden, sondern auf den Konten verbleiben - und dort neues Geld hecken, was vor allem den großen Geldbesitzern nützt.

Da zu Färbers Zeiten die Geldmenge wegen der Golddeckungspflicht nicht beliebig vermehrt werden konnte, mußte der Kapitaleinsatz aus einem gleichbleibenden Einkommen der arbeitenden Mehrheit geleistet werden, was deren rasche Verarmung zur Folge haben mußte (der von Färber angenommene Fall).

Das heutige Papiergeld jedoch erlaubt eine fast endlose Ausdehnung der Geldmenge. Das kann zu laufender Inflation, aber auch zu andauernder Gütervermehrung und zu einer Vergrößerung des Volkseinkommens führen, so daß auch wachsende Zinszahlungspflichten erfüllt werden können. Das mildert zwar die sozialen Spannungen, hat uns aber die Problematik einer umweltzerstörenden Wachstumswirtschaft beschert.

### **4. Umverteilende Wirkung des Zinses**

"Die kleinen Sparer werden im ergokratischen System nicht durch große ausgebeutet. Wer zahlt denn in einer Zinswirtschaft die Zinsen der großen Wucherer, wenn nicht die Schaffenden? und die kleinen Sparer sind in einer Zinswirtschaft nicht nur Zinsnehmer, sondern auch Schaffende." (F I, S. 156)

"Die wenigen Schillinge, welche die kleinen Sparer an Zinsen bekommen, wiegen nicht den Schaden auf, den sie durch den Wucher der großen Sparer das ganze Jahr hindurch erleiden." (F I, S. 138f.)

### **5. Golddeckung der Währung überflüssig**

"Die Unentbehrlichkeit des Geldes und nicht die [Gold-] Schatzdeckung macht die Kaufkraft des Geldes. Geld ist durch die Ware gedeckt, denn sie bekommt man fürs Geld bestimmt; den Schatz der Notenbank bekommt man fürs Geld bestimmt nicht, er ist daher keine Deckung des Geldes." (F I, S. 43)

### 5. Freigabe der Wechselkurse erforderlich

"Werden die Europäer noch immer nicht einsehen, daß die sogenannte Stabilisierung [des Wechselkurses durch Eingriffe der Notenbanken] nur eine Valutenspekulation mittels Inflation ist zum sicheren Gewinn der Banken und zum Schaden der Volkswirtschaft?" (F I, S. 110)

### Die Besonderheiten der Färberschen Ergokratie

Laut Färber ist die jetzige Wirtschaftsordnung durch zwei Grundübel gekennzeichnet:

**Erstens kranke sie an der "privaten Inflation" zugunsten weniger "Geldmonopolisten" bzw. "Geldmagnaten." Dieses erste Grundübel müsse durch ein "Antiinflationsgesetz" beseitigt werden.**

**Zweitens habe sie ein fehlerhaftes Steuersystem, wodurch die Geldmonopolisten gleichfalls begünstigt würden. An dessen Stelle müsse die "automatische Steuer" treten.**

Mit Färbers Worten: "Man drückt für sich Geld, da hat man einen größeren Bruchteil des gesamten Geldes, als man bisher hatte, während alle anderen dadurch einen kleineren haben; so wird man geldreich und macht die andern geldarm.

Ferner: Man läßt die anderen für sich die Steuern bezahlen, da wird man ebenfalls geldreich, und die anderen, welche die Steuern zahlen, geldarm." (F. I, S. 171f.)

Diese beiden Hauptaussagen und Hauptforderungen der "ergokratischen Reform" sollen nun genauer dargestellt und anschließend beurteilt werden.

### Unwichtigkeit der Währungsstabilität

Um Nachfolgendes besser verstehen zu können, muß man wissen, daß Färber eine "Fest-" bzw. "Indexwährung" nicht nur unnötig findet, sondern sogar ablehnt. Ein Kapitel im Ergokratischen Manifest ist sogar überschrieben: "Der Währungskultus. Die Stabilisierungstorheit" (F I, S. 97). Verwirrend ist, daß Färber in diesem Kapitel (S. 97-110) unter Währungsstabilität sowohl Geldwertfestigkeit als auch von den Notenbanken künstlich hergestellte Wechselkursstabilität zu verstehen scheint; und so, wie er - zu Recht - freie Wechselkurse fordert, lehnt er dann auch alle Bemühungen um Geldwertsicherung ab.

Ganz unzweideutig heißt es dazu in seiner Schrift "Die Irrlehre Silvio Gesells": "Die geldlichen Warenpreise, meint Gesell und meinen auch andere Nationalökonomien, sollten stabil sein. Das wollen sie durch eine fortwährende Vermehrung und Verminderung des Geldumlaufs bewirken." (F II, S. 19f.) Färber rechnet dann vor, wie auch immer wieder im "Manifest", daß bei einer Geldvermehrung, an der jeder Geldbesitzer im gleichen Umfang beteiligt sei, niemand etwas verliere noch gewinne. Mit seinen Worten: "Sämtliche diesbezüglichen geistreichen Betrachtungen, sämtliche Beispiele sind gegenstandslos, wenn man richtig weiß, was sich durch eine Vermehrung und Verminderung des Geldumlaufs verändert.

Wenn der Geldumlauf zum Beispiel aus 10 Geldeinheiten besteht (Mark, Schilling usw.), so ist jedes Geldstück 1/10 des Geldumlaufes und stellt dar einen Anspruch auf 1/10 aller Waren.

Wenn da 10 Stück Ware zum Verkaufen sind, so kostet jedes Stück 1/10 des Geldumlaufes, das ist ein Geldstück.

Wenn nun der Geldumlauf auf 20 Geldstücke vermehrt wird, so ist jedes Geldstück 1/20 des Geldumlaufes. Nehmen wir nun den günstigsten Fall an, nämlich daß jeder dann statt eines Geldstückes zwei habe, so hat er 2/20, das ist 1/10 des Geldumlaufes, wie früher. Ein Stück Ware kostet wie früher 1/10 des Geldumlaufes, das sind 2 Geldstücke.

Was hat sich geändert? Nichts, als daß der Geldbesitzer jetzt zwei Geldstücke hat, die nicht mehr gelten, als früher eines.

Wenn man kein neues Geld herstellte, sondern das alte Geldstück in zwei schnitte, hätte dann der Geldbesitzer ebenfalls zwei Geldstücke, die zusammen 1/10 des Geldumlaufs sind."

Er fährt fort: "Wer will da so gescheit sein und durch geistreiche Betrachtungen und Beispiele herausklügeln, daß durch diese Geldmanipulation [zur Stabilerhaltung der Währung] irgend jemand einen Vorteil habe oder daß irgendjemand einen Nachteil hätte, wenn diese Manipulation unterbliebe?"

Dasselbe gilt für eine Verminderung des Geldumlaufs ...

Damit ist die Lehre Silvio Gesells gänzlich erledigt."

Färber findet die Deflation (Geldwerterhöhung, Absinken des Gesamtpreisstands) sogar eine gute Sache: "Zinsen werden nicht gezahlt werden; dennoch werden die Sparer einen reichlichen Gewinn haben durch das stetige Steigen des Kaufwertes des Geldes." (F I, S. 10)

Wenn Färber Gesells Lehre für "erledigt" hält, weil dieser eine Festwährung anstrebte und dazu Wege wies, so spricht das - vorwegnehmend gesagt - eher gegen die Richtigkeit von Färbers Schlußfolgerungen.

Heute weiß man nämlich, dank bitteren Erfahrungen, daß die ("staatliche") Inflation nach mehreren Richtungen hin schädlich ist, nicht zuletzt wegen ihrer ungünstigen Verteilungswirkungen. Freilich ist völlige Währungsstabilität, angesichts der unsteten Geldumlaufgeschwindigkeit (mangels der Gesellschen Hortungsabgabe), heute noch nicht erreichbar.

### **Abschaffung des Sparens und des Kredits**

Um Färbers Gleichgültigkeit gegenüber stabilem Geld besser verstehen zu können, muß man wissen, daß es im ergokratischen System weder ein Geldsparen (im herkömmlichen Sinne) noch ein Geldverleihen (Kredit) mehr gibt. Das ist mit ein Kernbestandteil seiner Lehre. Klipp und klar sagt Färber: "**Ohne das Kreditbedürfnis zu beseitigen und den Kredit unmöglich zu machen, kann man den Zins nicht aus der Welt schaffen.**" (F II, S. 21)

Weil Färber also die Erkenntnis versagt blieb, daß Geldhortbarkeit die tiefste Ursache des Zinses ist (s. S. Gesell, J.M. Keynes), sieht er sich zu der Folgerung gezwungen, auch das Geldsparen und den Geldkredit abzuschaffen, weil er anders den Zins nicht loswerden zu können glaubte.

In einer Welt ohne Spargeld - so daß hier keine Inflationsverluste mehr erfolgen können - ist freilich Währungsstabilität nicht mehr so wichtig.

Ferner: Da Färber mit seiner "automatischen Steuer" eine laufende hohe Abgabe auf Bargeldbesitz vorsieht, würde es selbst bei einer Geldwertsteigerung (Deflation) kaum zu Geldhortungen kommen (wie sie beispielsweise in der Deflationsperiode von 1929 bis 1933 eintraten).

Färber hält jedoch eine deflationäre Währungsentwicklung selbst unter den bestehenden Verhältnissen für unschädlich. Wenn es trotzdem zu Wirtschaftsstörungen komme, dann deshalb, weil wieder einmal die "Geldproduzenten" und "Parasiten" ihre Raubzüge durchführten (F I, S. 84-88).

### **"Private Inflation"**

Was einen zunächst verwirrt: Färber hat mit seinem "Antiinflationsgesetz" nicht etwa vor, die Währung zu stabilisieren, sondern will lediglich - und vor allem - die "private Inflation" abschaffen. Darunter versteht er eine Geldentwertung, die dadurch ausgelöst wird, daß die Notenbank große Mengen neuen Geldes druckt und dieses vor allem an Begünstigte, an die "Geldmonopolisten", verborge. Diese könnten dann z.B. Rohstoffe aufkaufen, die inflationär entwerteten Schulden wenig später mit neuen Großkrediten zurückzahlen und dabei riesige Gewinne machen. Eine solch einseitige Bevorzugung gehe aber auf Kosten aller anderen Wirtschaftsteilnehmer.

Färber: "Auf diese Weise verändert die Notenbank die Relation: Sie macht neue Scheine, teilt sie aber nicht auf sämtliche Staatsbürger verhältnismäßig auf, sondern gibt sie nur den Großbanken und ihren Konzernen; deshalb haben alle anderen Produzenten und Konsumenten zu wenig Geld, eine relative Geldknappheit.

Es ist also entschieden: Die Notenbanken machen nicht Inflation, um eine Geldknappheit zu beheben, sondern rufen durch ihre private Inflation eine krisenhafte Geldknappheit erst hervor." (F I, S. 75)

Und: "Die Notenbank gibt die neuen Geldzeichen ihren Großaktionären und deren Konzernen, folglich nimmt die Notenbank sämtlichen anderen Produzenten und Konsumenten [nach dem angenommenen Zahlenbeispiel] die Hälfte ihres Kaufwertes, ihrer Kaufkraft, weg und gibt sie den Großbanken und ihren Konzernen." (F I, S. 83f.)

Und: "Die Notenbanken sind Aktiengesellschaften, die das ausschließliche Recht haben, Geld zu erzeugen. Einige Geldmagnaten sind die Großaktionäre. Sie verschenken die Banknoten nicht, sie erzeugen sie für sich!" (F I, S. 5)

Und: "Rothschild und Konsorten sind die Großaktionäre, ihnen gehört die Nationalbank." (F I, S. 11)

Und: "Eine gesetzlich sanktionierte Geldfälschung ist die private Inflation der privaten Notenbanken ...

Es fällt wirklich schwer, beim sogenannten guten Tone zu bleiben, wenn man das wahre Wesen des Notenbankprivilegs erkannt hat ...

Es ist gleichgültig, ob die Notenbank selbst für die Falsifikate einkauft oder sie einem leiht, der für sie einkauft; in beiden Fällen werden die Bezugsberechtigten beraubt. Die Notenbank verleiht die Falsifikate übrigens nur den Großbanken, deren Großaktionäre identisch sind mit den Großaktionären der Notenbank ...

Private Inflation ist also Geldfälschung, Geldfälschung ist Warenraub; folglich ist private Inflation Warenraub!" (F I, S. 48f.)

Auch Ablehnendes zur staatliche Inflation: "Die ergokratische Wirtschaftslehre beweist, daß eine Vermehrung des Geldumlaufs (Inflation) weder notwendig noch nützlich, sondern nur schädlich für die Volkswirtschaft ist, einerlei, ob die Inflation vom Staate oder einer privaten Notenbank gemacht wird, und gleichgültig, ob die Geldscheine [durch Gold] gedeckt sind oder nicht.

Demzufolge sollte jede Inflation, die staatliche wie die private, die gedeckte wie die ungedeckte, bei strengster Strafe verboten sein. Neues Geld soll nur zu dem Zweck gedruckt werden, um abgenützte Geldscheine zu ersetzen.

Kurz, die ergokratische Reform besteht in einem Antiinflationsgesetz." (F I, S. 8f.)

Verwirrenderweise schreibt Färber aber auch: "Staatliche Inflation, die wir aus anderen Gründen verwerfen, ist keine Geldfälschung und kein Warenraub: denn in diesem Falle bekommen die Staatsbeamten und Lieferanten das Inflationsgeld für Leistungen und Waren, die sie der Allgemeinheit geliefert, und daher einen berechtigten Anspruch darauf haben, am gemeinsamen Speisetisch teilzunehmen. Die neugedruckten Geldscheine sind in diesem Falle echte Leistungs-, Bezugs- und Anteilscheine der Allgemeinheit, der Volkswirtschaft. Hätte der Staat den Beamten und Lieferanten keine neuen Anteilscheine gedruckt, so hätte ihnen die Allgemeinheit für die Leistungen und die Waren, die sie erhielt, Anteilscheine geben müssen, was auf dasselbe herauskommt. In diesem Falle heißt es Steuer zahlen, im anderen Falle ist es ebenfalls ein Steuerzahlen, nur nennt man es da Inflation und weiß daher nicht, was es ist." (F I, S. 49f.)

### **Inflationsgewinnler zu Färbers Zeiten**

Färber scheint bei seiner Anprangerung der "privaten Inflation" an einige einflußreiche Finanzjongleure gedacht zu haben, die während der Inflation von 1914 bis 1923, besonders erfolgreich aber von 1920 ab, gewinnbringende Spekulationsmanöver durchführten. Sie werden von Fritz Blaich in dessen Buch "Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise" (dtv 1985, S.45) so beschrieben:

"Zum einen nämlich hielt die Reichsbank ihren am 23. Dezember 1914 festgesetzten Diskontsatz von 5 Prozent bis zum 27. Juli 1922 unverändert aufrecht. Danach erhöhte sie ihn bis zum Jahresende stufenweise auf 10 Prozent, obwohl die Geschäftsbanken bereits ab Juli für einen Kontokorrentkredit 50 Prozent Zins verlangten. Den Verzicht auf eine Anpassung der Diskontrate an die Geldentwertung rechtfertigte das Direktorium mit seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe, die Aufwendungen für den Schuldendienst des Reiches so niedrig wie möglich zu halten. Zum anderen unterließ es die Reichsbank bis August 1923, die von ihr ausgeliehenen Beträge durch eine Entwertungsklausel gegen

den Schwund der Kaufkraft zu sichern. Deshalb borgten sich bei ihr bis zu diesem Zeitpunkt findige Spekulanten und Unternehmer, allen voran Hugo Stinnes, hohe Summen in Mark zu günstigen Zinsen und kauften dafür Sachwerte, z.B. die Fabrikbetriebe von Firmen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten waren. Nach wenigen Wochen zahlten sie diese Kredite zurück - in vollem Nennwert, aber mit inzwischen stark verminderter Kaufkraft -, indem sie erneut Papiergeld bei der Reichsbank ausliehen. Der 'wertbeständige' Fabrikbetrieb aber blieb in ihrer Hand."

### **Kritische Betrachtung von Färbers Inflationsbegriff**

1. Es mag richtig sein, daß zu Färbers Lebzeiten die Österreichische Nationalbank noch eine private Aktiengesellschaft war. Auf die meisten Zentralbanken dürfte das heute aber nicht mehr zutreffen. Die Deutsche Bundesbank jedenfalls ist keine Aktiengesellschaft, sondern eine Einrichtung des öffentlichen Rechts. Wie aus ihrem Jahresabschluß für 1994 zu entnehmen ist (s. "Geschäftsbericht 1994"), beliefen sich damals bei einem Gesamtertrag von 18,3 Mrd DM die Zinseinnahmen auf 17,86 Mrd Mark. Sie ergaben sich vor allem aus den "Krediten an inländische Kreditinstitute" (das Auslandsgeschäft brachte 6,77 Mrd DM Zinsen ein). Nach Abzug aller Kosten (Personal- und Sachaufwand u.a.m.) konnte die Bundesbank 1994 an den Bund 10,3 Mrd DM überweisen.

Keine "privaten Geldmonopolisten" konnten sich also an diesen Zinseinnahmen bereichern, weder irgendwelche Notenbank-Aktionäre noch die Großbanken noch die Konzerne! Das Geld floß in den Staatssäckel!

2. Wenn Privatleute oder Unternehmer für Kredite Zinsen bezahlen müssen, dann nicht deshalb, weil irgendwelche "Geldmonopolisten" bei der Bundesbank oder den Kreditinstituten das so festsetzen können, sondern

a) weil Finanzkapital bisher noch knapp ist, woraus sich marktgesetzlich ein mehr oder minder hoher Zinsfuß ergeben muß;

b) weil jeder Geldgeber darauf besteht, für den Inflationsverlust eine Ausgleichszahlung zu erhalten, was zins erhöhend wirkt;

c) weil leider immer noch im Zins der Monopolbestandteil "Urzins" (Gesell) bzw. die "Liquiditätsprämie" (Keynes) enthalten ist, welche nur durch eine Umlaufsicherungsgebühr beseitigt werden kann;

d) weil bei der heutigen Geldbeschaffenheit die Zentralbank eine sich beschleunigende Inflation nicht anders abbremsen kann, als indem sie die kurzfristigen Kredite an die Geschäftsbanken beträchtlich verteuert, auf die Gefahr hin, damit eine Rezession auszulösen.

3. Wenn es nach den Empfehlungen von Gesell und Keynes gelänge, die Geldumlaufgeschwindigkeit zu verstetigen, wäre es für die Zentralbank ein leichtes, die Währung dauerhaft zu stabilisieren. Sie müßte dazu mit einem wahren "Antiinflations- und Antideflationsgesetz" außerdem gesetzlich verpflichtet werden. Dann wäre den Färberschen "Geldmonopolisten" (sofern sie wirklich so vorgehen wollten) der Weg dahin versperrt, erstens durch zusätzlichen Banknotendruck eine "private Inflation" auszulösen und sich in der von Färber geschilderten Weise auf Kosten aller anderen zu bereichern; und zweitens gäbe es für sie nicht mehr die Möglichkeit, mittels Inflation zu spekulieren.

4. Daß selbst Großbanken und Konzerne nicht allmächtig sind und keinen ungehinderten Zugang zu Geldmitteln haben, zeigt der Umstand, daß auch sie in Schwierigkeiten geraten und sogar untergehen können. Selbst die Deutsche Bank erzielt inzwischen (Mitte 1995) im eigentlichen Bankgeschäft, beim Geldverleih, keine Gewinne mehr und kämpft deshalb mit einem "katastrophalen Ergebniseinbruch" (Spiegel 24/95).

4. Zins und Inflation sind die Hauptursache der Vermögens- und Firmenkonzentration in immer weniger Händen und des umweltvernichtenden Wachstums- und Rationalisierungszwanges. Geht man diese Hauptursachen an, so verfällt auch die Geldmacht von Großaktionären und "Geldmonopolisten" und ihre Fähigkeit, "private Inflationen" und ähnliches Unheil anzustiften.

5. Eine Geldumlaufsicherung im Sinne von Gesell und J.M.Keynes würde sowohl Inflation wie Zins (abgesehen vom Zinsbestandteil Geldknappheitspreis) zum Verschwinden bringen und die Voraussetzung für wahre Marktwirtschaft ohne Großbanken und Mammutkonzerne schaffen.

6. Kurzum: Die Schaffung einer Festwährung - was von Färber abgelehnt wird! - wäre die beste Art, um irgendwelchen "Geldmonopolisten" und "Geldmagnaten" mit ihren angeblichen "privaten Inflationen" das Handwerk zu legen.

### **Was ist die Ursache der Wirtschaftskrisen?**

Die "private Inflation" führt nach Färber auch zu Wirtschaftskrisen und zu Arbeitslosigkeit: Weil die Geldmonopolisten auf diese Weise immer größere Teile der umlaufenden Geldmenge besäßen, müßten sich die Fabrikanten immer mehr verschulden und brächen schließlich unter der immer schwerer werdenden Zinslast zusammen. Färber: "Folglich kann nur eine Inflation, und zwar eine private, indem sie das Verhältnis im Geldbesitz zum Vorteil der Inflationisten und zum Nachteil aller anderen Produzenten und Konsumenten verändert, die Ursache einer allgemeinen Wirtschaftskrise sein." (F I, S. 89)

"So entsteht Absatzstockung durch Inflation, und die Folge ist Arbeitslosigkeit." (F I, S. 95f.)

"Das Rätsel ist nun gelöst. Konjunktur ist ein Wort für Schwätzer. Es gibt keine besseren und schlechteren Konjunkturen mit nebelhaften Ursachen. Es gibt nur schwerere und leichtere Störungen des Wirtschaftsprozesses durch private Inflation. In einer inflationsfreien Wirtschaft gibt es nur eine Krise, das ist, wenn die Ernte schlecht ausfällt, demzufolge die Menschen weniger Ware haben." (F I, S. 97)

Kritische Anmerkung dazu:

Es ist richtig, daß die zunehmende Verschuldung von Wirtschaft und Staat mit ihren immer drückender werdenden Zinslasten immer schlimmere Krisen auslöst. Die Frage ist nur, ob die "private Inflation" daran schuld ist und ob durch das Färbersche "Antiinflationsgesetz", das nur die "private" und nicht die Inflation überhaupt beseitigen will, in Zukunft Wirtschaftskrisen verhindert werden.

### **Die automatische Steuer**

Die automatische Steuer ist der zweite und für Färber unverzichtbare Bestandteil seines Reformwerkes. Färber: "Der zweite Punkt der ergokratischen Reform heißt also: Einführung der automatischen Steuer". (F I, S. 9f.)

Färber weist zunächst darauf hin, daß das heutige "bürokratische" Steuersystem die Geldmonopolisten schone und die ohnehin von ihnen Ausgebeuteten zusätzlich belaste: "Auch das Steuersystem hat dazu beigetragen; aber nicht weil die Staatsbeamten, die Arbeitslosen und die Krüppel zu viel bekommen hätten, sind die Produzenten arm geworden, sondern weil die Steuerlast ungerecht verteilt war, weil die wirklich Schaffenden für die Clique [der Reichen] die Steuer bezahlten, wodurch diese geldreich und die wirklichen Produzenten geldarm geworden sind." (F I, S. 177)

Und: "Die Ergokraten sagen: Man drückt für sich Geld, da hat man einen größeren Bruchteil des gesamten Geldes, als man bisher hatte, während alle anderen dadurch einen kleineren haben; so wird man geldreich und macht die andern geldarm.

Ferner: Man läßt andere für sich die Steuer bezahlen, da wird man ebenfalls geldreich, und die anderen, welche die Steuer zahlen, werden geldarm." (F I, S. 171f.)

Das Besondere der Färberschen Steuerreform ist, daß nicht Waren und Dienstleistungen, sondern allein der Bargeldbesitz als Steuergrundlage dienen soll: **"Es gibt keine andere Lösung des Steuerproblems als die durch eine reine Geldsteuer, das ist eine Abgabe vom Gelde nach Maßgabe des Geldbesitzes."** (F I, S. 127)

Und: "Die ergokratische Steuerreform besteht übrigens nicht darin, daß der Staat a u c h vom Gelde Steuer nehmen soll - das geschieht ja auch jetzt - auch nicht darin, daß Steuer mittels Inflation genommen werde - das geschah ja in Frankreich schon vor 142 Jahren - , sondern darin, daß nur das Geld und nichts anderes Steuerobjekt sein soll, ferner in der Art und Weise, wie die Steuer gemacht wird, und in ihrer Wirkung. Nur Neid, Mißgunst und Unverstand können mir die Priorität bezüglich der automatischen Steuer bestreiten." (F II, S. 19)

## Einzelheiten zur automatischen Steuer

Und so soll die neue Steuer genauer aussehen: Laut Färber betrug die gesamten Steuereinnahmen des österreichischen Staates im Jahre 1926 1441 Millionen Schilling, der gesamte Geldumlauf (Banknoten und Münzen) rund 1000 Millionen Schilling. Das Verhältnis zwischen beiden war also rund 1,4 zu 1. Bei der Umlegung aller Steuern auf den reinen Geldbesitz wäre dieser monatlich also mit einem Abzug von 12 Prozent betroffen (F I, S. 127f.). In einem späteren Beispiel (S. 139ff.) rechnet Färber mit (günstigeren) 10 Prozent, die jeweils am Monatsersten fällig würden: "Da drückt der Staat für jeden Ersten des Monats 1000 Millionen neue Schillinge, die sich von den alten, sagen wir, bloß durch die Farbe: rot, grün, blau usw., unterscheiden ...

Von den neuen Schillingen behält der Staat 100 Millionen als Steuer, die übrigen 900 Millionen gibt er den Postämtern zum Austausch gegen die im Umlauf befindlichen 1000 Millionen alten Schillinge, was durch die Zeitungen kundgemacht wird. Es werden also getauscht: 1000 alte gegen 900 neue, 100 alte gegen 90 neue, zehn alte gegen neun neue usw. "

Die automatische Steuer würde also eingehoben ungefähr wie die Geldbenutzungsgebühr bei Silvio Gesell, freilich mit dem entscheidenden Unterschied, daß die letztere jährlich lediglich etwa 6 Prozent (monatlich 1/2 Prozent) betrüge, also wesentlich niedriger wäre, weil sie ausschließlich dem Zweck der Geldhortungsverhinderung und der Verstärkung der Geldumlaufgeschwindigkeit dienen soll.

Färber betont aber ausdrücklich, daß für ihn die letztere Wirkung nebensächlich sei und es ihm vor allem auf den Steuerzweck ankomme: "Die Bedeutung der automatischen Steuer ist nicht zu erblicken darin, daß das Geld schwindet, sondern darin, daß sie ein gerechtes Steuersystem aufrichtet; der Geldschwund ist, wie gesagt, unwesentlich." (F II, S. 23f.)

## Kritische Beurteilung der automatischen Steuer

1. Nach dem "Geschäftsbericht 1994" der Deutschen Bundesbank summierten sich Ende 1994 die Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte zu 786 Mrd DM auf. Der Bargeldumlauf betrug 251 Mrd DM. Das Verhältnis war demnach rund 3,1 zu 1. Es war also 2,2 Mal ungünstiger als zu Färbers Zeiten, was soviel heißt, daß der **monatliche** Einbehalt des steuerlichen Abzugs von der Geldmenge 2,2 Mal höher wäre als nach Färbers Berechnung, also rund 22 Prozent ausmachte. Ein außerordentlich hoher Betrag! Es ist undenkbar, daß solch eine Geld- und Steuerreform überhaupt durchsetzbar wäre.

Freilich muß man hier gerechterweise anmerken, daß die heutige Steuerquote viel zu hoch ist und irgendwann einmal wieder den niedrigen Stand von anno 1926 erreichen sollte, wenn nicht einen noch tieferen.

2. Eine Koppelung von Gesellscher Umlaufsicherungsgebühr und Färberscher automatischer Steuer erscheint mir als sehr fraglich, weil schon allein die richtige Geldsteuerung eine sehr schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe ist. Zudem liegen keinerlei Untersuchungen vor, welche sonstigen Auswirkungen eine so hohe Geldbesteuerung hätte. Möglicherweise würde sich das Geld eines Nachbarlandes als - nicht besteuerebare - Zweitwährung durchsetzen.

3. So richtig es ist, daß eine Steuer die Leistung schonen sollte, übersah Färber jedoch, daß ein gerechter und verantwortungsbewußter Staat sich nicht auf eine bloße Geldsteuer beschränken darf, sondern auch noch andere Objekte besteuern muß, z.B. die Bodennutzung (mittels Grundrentensteuer) und den Naturverbrauch (mit einer Energiesteuer und anderen Umweltabgaben).

## Alters- und Krankenversorgung

Weil es in Färbers System kein Geldsparen gibt, ist eine geldliche Zukunftsvorsorge ausgeschlossen. Alte, Kranke und sonstwie Bedürftige sollen also aus den Steuereinnahmen automatisch eine Staatsrente beziehen: "Die staatliche Fürsorge für Arbeitsunfähige, Alte, Kranke, wird ein Leichtes sein; denn um jedem Sechzigjährigen eine Staatsrente von 400 Schilling im Monat zu geben, wäre nur eine einpromillige Abgabe, ein Schilling nach je einer Ausgabe von 1000 Schilling erforderlich." (F I, S. 10; s. ferner S. 149, 136f.)

Färber sieht also so etwas wie eine Mindestrente vor. Wem derartiges nicht genügt, müßte also während seines Arbeitslebens in Sachwerten sparen (Schmuck, Hausbesitz usw.)

Weiterer Einwand: Färber hat sich hier bestimmt verrechnet, wenn er angibt, daß ein Tausendstel des Steueraufwands z.B zur Finanzierung der Altersversorgung ausreiche.

Zum Vergleich: Ende 1994 mußten in der BRD für die Sozialversicherungen 706,5 Mrd DM aufgebracht werden, also nicht viel weniger, wie Steuern gezahlt wurden (786 Mrd DM; s. Geschäftsbericht der Dt. Bundesbank 1994). Freilich, die Sozialabgaben sind bei uns viel zu hoch, aber auf wenige Promille lassen sie sich nie herunterfahren. - Wenn nun Färber auch die Sozialabgaben mittels "automatischer Geldsteuer" finanzieren will, würden die monatlichen Abzüge vom Bargeldumlauf ein noch wüsteres Ausmaß annehmen.

### **Das automatische Spar- und Kreditsystem**

Weil sich Färber ein Geldsparen und Geldleihen ohne Zinsen nicht vorstellen konnte und weil er andererseits die Zinsausbeutung beseitigen wollte, kam er zwangsläufig zu der Schlußfolgerung, daß man jegliches Sparen und Kreditieren verhindern müsse. Das beabsichtigt er mit der automatischen Steuer. So schreibt er: "Die automatische Steuer macht das jetzt übliche Geldsparen unmöglich. Der Geldsparer würde im Jahr etwa 70 Prozent des gesparten Kapitals einbüßen. Das ist, wie schon gesagt, ein weiterer Vorzug der automatischen Steuer; denn sie macht im Verein mit dem Antiinflationsgesetz jeden Wucher, Geld- und Warenwucher, unmöglich." (F I, S.149f.)

Dennoch will er "der herrschenden Mentalität Rechnung tragen und für kleine Geldsparer einen Ausweg zeigen." (F I, S. 150) Ein gewisser Betrag sei zum Sparen zugelassen. Färber spricht von 200 Millionen Schilling, also einem Fünftel des gesamten Geldumlaufs. Das wären beim heutigen Geldumlauf von 250 Mrd DM 50 Mrd, entspräche also nur einem Achtzigstel der vier Billionen Mark, die die privaten Haushalte der Bundesrepublik Deutschland bis Ende 1994 angespart hatten!

Das ergokratische Sparen solle so ablaufen: Die Staatsverwaltung nimmt das Spargeld in Verwahrung und erhebt davon bis zur vereinbarten Rückzahlung keine Abzüge mehr. Weil es beim nächsten Monatsersten an alle Geldbesitzer verteilt werde, verringere sich dadurch deren Geldsteuer, was einem Kredit an die Geldbesitzer gleichkomme. Umgekehrt erhöhe sich die Steuer für sie bei einer Rückzahlung des Kredits an die Sparer.

Dazu eine Frage: Färber geht davon aus, daß in der ergokratischen Wirtschaft - bei zunehmender Gütererzeugung und gleichbleibendem Geldumlauf - der Geldwert, und damit der Wert der Spargelder, immerfort ansteigt (F I, S. 156). Welche Stellen entscheiden dann - die Staatsbürokratie? - , wer zum kleinen Kreis der bevorzugten Sparer gehören darf?

### **Wirtschaften ohne Kredit**

Nur ganz kurz geht Färber auf die Frage ein, wie eine Wirtschaft beschaffen sein soll, in der es keinen Geldverleih mehr gibt und in der die Unternehmen alle Ausgaben aus den laufenden Einkünften bezahlen müssen: "Aber auch die Mindertüchtigen werden in der krisenfreien Wirtschaft genug Produktionsgeld haben und keinen Kredit brauchen. Da der Absatz nicht gestört sein wird, werden durch Fleiß und verbesserte Arbeitsmethoden mehr Rohstoffe, mehr und bessere Werkzeuge erzeugt und fürs vorhandene, nicht vermehrte Geld, also billiger, verkauft werden. So werden die Produzenten insgesamt, die tüchtigeren und die mindertüchtigen zwar nicht geldreich, doch aber gütereich werden; so werden sie wirkliches und schuldenfreies Kapital anhäufen, allen zum Nutzen und keinem zum Schaden." (F I, S. 178)

### **Irrte sich Gesell?**

Es war schon davon die Rede, daß sich Färber in der Streitschrift "Die Irrlehre Silvio Gesells" mit dessen Gedanken auseinandersetzte und sie schärfstens ablehnte. Es wurden auch schon Auszüge daraus gebracht.

1. Gleich zu Beginn kommt er auf Gesells Vorschläge zu einer Bodenrechtsreform zu sprechen: "Silvio Gesell geht darauf aus, die Grundrente und den Zins (Mehrwert) aus der Welt zu schaffen. Die Grundrente mittels Enteignung und Verpachtung des Bodens durch den Staat." (F II, S. 3)

Hieran ist falsch, daß Färber unterstellt, Gesell habe die Grundrente "aus der Welt schaffen" wollen - was gar nicht möglich ist. Gesell hatte lediglich die Absicht, die Grundrente - genauer: den Grundrentenzuwachs - aus dem Zugriff der privaten Grundeigentümer in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen, weil die letztere es ist, durch deren Wirken dieser Zuwachs vor allem entsteht.

Noch unzutreffender ist Färbers Aussage: "Solange unverbrauchte Bodenprodukte vorhanden sind, ist die Bodenfrage nicht aktuell." (S. 4) In Wahrheit war die Bodenfrage schon damals brennend, und ist es heute noch mehr.

2. Über viele Seiten weg (S. 8-16) ist Färber dann bemüht, in Gesells Zinstheorie einen bestimmten Fehler aufzudecken. Durchaus zu Recht! Denn die Geldhortbarkeit führt nicht erst, wie Gesell meinte, beim Kaufmann zur Zinsentstehung, sondern bereits beim Geldbesitzer. Doch ist das in Freiwirtschaftskreisen schon längst bekannt. Hier hat man sich inzwischen die Auffassung des berühmten englischen Nationalökonomen J.M.Keynes zu eigen gemacht, welcher - mit einer Weiterentwicklung des Gesellschen Ansatzes - den Zins so definierte: als eine Belohnung für den Verzicht des Geldbesitzers auf die Vorteile der Liquidität (Bargeldhaltung). Und diese Zinserklärung ist unangreifbar.

3. Auf recht seltsame Weise will Färber nachweisen, daß die Gesellsche Geldumlaufsicherungsgebühr die gewünschte Wirkung gar nicht haben könne und deshalb ein bloßer "Bluff" sei (S. 17f.). Diese habe nämlich jedesmal eine kleine deflationäre Geldwerterhöhung zur Folge, die den Verlust durch die Bargeldabgabe voll ausgleiche. Eine Stabilisierung der Währung mittels einer gleichzeitigen Neuherausgabe von Geld in der erforderlichen Höhe durch die Notenbank hält er für unmöglich - was sicherlich unzutreffend ist.

4. Es war schon davon die Rede, daß Färber Geldwertschwankungen - Inflation und Deflation - gleichgültig lassen, ja daß er eine Indexwährung sogar ablehnt (S. 19f.). Was er für falsch hält, ist lediglich die "private Inflation", weil diese eine einseitige Vermehrung der Nachfragemittel zugunsten der "Geldmonopolisten" darstelle.

### **Ähnlichkeit mit den Brakteaten**

Um Färber gegenüber gerecht zu sein, sollte man darauf aufmerksam machen, daß sein ergokratisches System in vielem an die mittelalterliche Brakteatenwirtschaft von 1150 bis 1450 erinnert (s. dazu: Karl Walker: Das Geld in der Geschichte. Zitzmann Verlag, 1959). Schon damals diente der Geldumlauf den Landesherrn oder Stadtoberen als wichtigste Steuergrundlage. In Magdeburg beispielsweise wurde zweimal im Jahr eine Münzverrufung vorgenommen. Für 12 alte Pfennige erhielt man jedesmal neun neue zurück. Der jährliche Schlagschatz betraf also die Hälfte des Geldumlaufs (die dann als Staatsausgabe wieder in Umlauf kommt).

Ein Unterschied zu Färber besteht allerdings darin, daß die mittelalterlichen Münzherren zugleich "Geldmonopolisten" waren und bis zu einem gewissen Ausmaß die von ihm so scharf verurteilte "private Inflation" betreiben konnten; was aber darin seine Grenze finden mußte, daß das damalige Geld nicht aus Papier, sondern aus teurem Edelmetall bestand und seine Hergabe für die Münzprägung den Verzicht auf einen Wertgegenstand bedeutete.

Ein solchermaßen besteuertes Geld war nur als Tauschmittel und nicht gleichzeitig als hortbares Schatzmittel tauglich. Die Folge mußte sein, daß es stetig durch die Wirtschaft kreiste, so daß nicht mehr aus Geldhortungsgründen irgendwelche Wirtschaftseinbrüche erfolgen konnten. Es ist auch undenkbar, daß solch ein Geld gegen Zinsen verliehen werden konnte; es war umgekehrt wahrscheinlich so, daß ein Geldbesitzer eine Leihsumme später nur mit mehr oder weniger großen Abschlägen zurückerhielt, weil der Borger ja immer wieder für die Verurufungskosten hatte aufkommen müssen.

Wie das Bankwesen damals aussah und ob es überhaupt etwas derartiges gab, ist noch kaum erforscht bzw. mir nicht bekannt.

Beim Fehlen des Zinses fiel auch eine wichtige Ursache der Vermögenszusammenballung in wenigen Händen fort. Walker wird nicht müde, darauf hinzuweisen, daß es damals einen breiten Volkwohlstand gegeben habe.

Eine Notenbank zur Sicherung der Währungsstabilität war damals nicht vorhanden. Dennoch dürfte die Währung einigermaßen stabil geblieben sein. Denn das Verhältnis zwischen Geldumlauf und Gütererzeugung war vermutlich bei gegebenem Goldvorrat einerseits und gleichmäßiger Wirtschaftsentwicklung beim damaligen niedrigen Stand der Technik andererseits etwa gleichbleibend.

Walker und auch die Freiwirtschaftsbewegung insgesamt sehen deshalb im Brakteatengeld eine der entscheidenden Erklärungsursachen für die mehrhundertjährige ungebrochene Wirtschaftblüte des Hochmittelalters und dessen großartige Kulturleistungen.

Dennoch ist die bloße Wiederbelebung des Brakteatengeldes für die heutige Zeit undurchführbar. Es mag für die einfacheren Verhältnisse von damals ausreichend gewesen sein. Es enthält bereits viele Elemente einer besseren Geldordnung, aber noch in sehr roher Form. Für die wirtschaftlich hochentwickelte Gesellschaft unserer Tage kommt nur die viel feiner unterscheidende Gesellschaftliche Geldverbesserung in Frage.

### **Zusammenfassende Bewertung von Färbers Ergokratie**

Heinrich Färber hatte das Ziel, wie viele andere vor ihm, die soziale Frage zu lösen und Wirtschaft und Gesellschaft ihres "monetarischen" Charakters zu entkleiden. Er bejahte die Marktwirtschaft (die er irrtümlicherweise als "Kapitalismus" bezeichnet) und lehnte den Sozialismus-Kommunismus Marxscher Prägung als Gegenbeispiel entschieden ab.

Im Zins mit seiner vermögensumschichtenden Wirkung sah er eine wichtige Mitursache für die Entstehung eines "parasitären, inflationistischen Geldkapitals". Weil er aber nicht die Geldhortbarkeit als tiefste Entstehungsursache von Zins und Inflation kannte oder nicht anzuerkennen bereit war, geriet er auf den Irrweg, zur Ausschaltung des Zinses alles Geldsparen und Geldverleihen verhindern zu wollen.

Nur noch in sehr begrenztem Umfang sollten beim Staat zinslose Spareinlagen möglich sein.

Leider geht Färber bloß mit wenigen Zeilen auf die Frage ein, wie eine Wirtschaft ohne Kredit überhaupt bestehen könne.

Jede Bemühung um Währungsfestigkeit hielt Färber für Unfug - weil ihm das als ein Ding der Unmöglichkeit erschien; weil er den Notenbanken eine unverhinderbare Begünstigung der "Geldmonopolisten" unterstellte; weil bei dem Nichtvorhandensein von Spargeldern Währungsfestigkeit weniger dringlich war.

Die Deflation begrüßte er sogar als eine willkommene Geldwertverbesserung.

Seine Aussagen zur "staatlichen Inflation" sind zwiespältig: Einerseits lehnt er sie ab, andererseits behauptet er, daß sie - bei Ausschaltung der "privaten Inflation" - niemanden benachteilige und keinen Schaden anrichte.

Mit seinem "Antiinflationsgesetz" - strenges Verbot der Geldmengenausweitung durch die Notenbank (außer für Steuerzwecke) - wollte er nicht etwa die Inflation an sich verhindern, sondern lediglich die "private Inflation" der Geldmonopolisten (Notenbankaktionäre, sonstige Geldmagnaten), d.h. deren bevorzugte Ausstattung mit neugeschaffenen Geldmitteln durch die Notenbank und ihre dadurch ermöglichte Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit.

Es wurde zu zeigen versucht, daß dasselbe Ziel weit besser durch eine Geldumlaufsicherungsgebühr - mit ihrer zinsenkenden Wirkung - erreicht werden kann.

Das herkömmliche Steuersystem lehnte Färber ab, weil es die Reichen begünstige. Stattdessen forderte er, als Steuergrundlage allein den Bargeldbesitz heranzuziehen. Dieser sollte monatlich umgetauscht werden, unter Einbehaltung einer Abgabe. Die "automatische Steuer", wie er sie nannte, sollte also ähnlich wie die Gesellschaftliche Geldumlaufsicherungsgebühr erhoben werden. Der entscheidende Unterschied gegenüber Gesell - und ihr entscheidender Nachteil! - besteht aber darin, daß der beim Staat verbleibende Umtauschsatz sehr viel höher sein würde: Während Gesell von etwa einem halben Prozent monatlich ausgeht, sah Färber schon für seine Zeit rund 10 Prozent vor, während es heute, bei den gestiegenen Staatsausgaben, volle 22 Prozent im Monat sein müßten (allein für Steuerzwecke, nicht mitgerechnet die "Automatische Geldsteuer" für soziale Erfordernisse!) - alles in allem ein nicht durchführbares Verlangen.

In trotziger Absetzung von Gesell aber erklärte Färber die geldumlaufsichernde - und zinsverhindernde! - Wirkung seiner "automatischen Steuer" als keineswegs beabsichtigt und als eher zufällig.

Dabei ist das entscheidend Richtige und Wertvolle an Färbers Reformprogramm eben diese geldumlaufsichernde Eigenschaft der "automatischen Steuer"!

Insgesamt läßt sich das Färbersche Geldmodell am besten mit der mittelalterlichen Brakteatenwirtschaft vergleichen, wo der ständige Geldverruf einerseits Steuerzwecken diene und zugleich eine geldumlaufsichernde sowie zins- und krisenverhindernde Wirkung hatte.

Unserer Zeit dürfte die viel feiner unterscheidende Gesellsche Geldverbesserung mit ihrem währungssichernden Hauptzweck sehr viel angemessener sein.

Doch ist durchaus zu überlegen, ob in ferner Zukunft, wenn dank freiwirtschaftlicher Reformen der Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt auf ein Mindestmaß geschrumpft ist, die Bezahlung der Staatsausgaben nicht auch teilweise aus einer leichten Erhöhung der Geldbenutzungsgebühr erfolgen könnte - neben den Einkünften aus der Grundrentensteuer, der Umweltabgaben u.a.m.

## 2. Teil

### Heinrich Färbers Nachwirkungen

Heinrich Färber war zu Lebzeiten wenig bekannt. Nach 1945 wurde in Österreich von einigen seiner Anhänger eine Partei gegründet, die eine Zeitlang kleinere Wahlerfolge hatte. Heute ist Färber so gut wie vergessen. Seine Schriften sind fast nirgendwo erhältlich. In den Nachschlagewerken wird er meistens nicht einmal genannt. Eigentlich zu Unrecht. Meines Wissens ist in Deutschland der hochbetagte Albert Lämmel der einzige Gefolgsmann Färbers, der in Kleinbroschüren und Rundbriefen noch für dessen Lehre zu werben versucht. In Fortführung der alten Gegnerschaft ist darin vom "Gesellschen Bluffgeld" die Rede, von "abstrusen Gesellschen Geldverfallsthesen", "fixen Ideen" u.a.m.; die "Gesellianer" werden als "Sektierer" angesprochen, als "Pseudoreformer", "fanatisierte Dogmatiker", "Scharlatane", "Kurpfuscher" usw.

Fast noch störender ist an Lämmels Darstellungen, daß er seine bzw. Färbers Thesen immer nur sehr schlagwortartig vorbringt, keine genaueren Erklärungen und Begründungen mitliefert und auf mögliche Einwände nicht eingeht. Das ist umso störender, als seine Aussagen häufig unbezweifelbaren wirtschaftswissenschaftlichen Grunderkenntnissen widersprechen.

### Lämmels Darstellung der Ergokratie

#### 1. Zur Zinsentstehung

Auf einem Faltblatt aus dem Jahr 1994 ("3. Fassung") heißt es:

"Weltweit beziehen Kreditinstitute - in Deutschland gem. BGBL. 33/1957 - Geld aus der Notenpresse; jährlich etwa 10 % des Geldvolumens. Außerdem verwandeln sie Wirtschaftsgeld und Spargeld in zinsbehaftetes Leihgeld.

Dies begründet die verhängnisvolle Schul- +Zinswirtschaft."

Und:

"Gesells Schwundgeldthese, erfunden gegen Absatzkrisen, kennt, nennt und stopft nicht jene Quellen, aus denen permanent und in riesigen Mengen Geld aus der Notenbank in die Taschen privilegierter Banken fließt, (jährlich etwa 10 % des jeweiligen Geldvolumens), sowie die permanente Umwandlung dieses und von Wirtschafts- und Spargeld in zinsbehaftetes LEIHGELD, wiederum zugunsten der Kreditinstitute, zum Schaden der arbeitenden Wirtschaft." (LR, 17.3.95)

**Kritische Anmerkung:**

Hier werden in recht zugespitzter Form Färbers Thesen wiederholt - die heute in keiner Weise mehr zutreffen bzw. es auch früher nicht taten (s. Teil 1 dieser Untersuchung).

Ferner:

a) Nicht nur privilegierte, sondern auch kleinere Banken und Sparkassen können im Prinzip von der Zentralbank Geld erhalten.

b) Für das Zentralbankgeld müssen die Banken Zinsen bezahlen (Leitzinssatz usw.)

c) Noch viel mehr Zinsen müssen die Banken an ihre Einleger abführen. Es ist also keineswegs so, daß die Entstehungsursache für den Zins bei den Banken läge, indem sie einfach "zinsbehaftetes Leihgeld" schaffen. Banken verdienen lediglich an der Zinsmarge, der Geldspanne zwischen Einleger- und Kreditzinsen. Und in einer freien Marktwirtschaft sorgt der Wettbewerb dafür, daß die Zinsmarge nicht zu groß wird.

d) Daß der Geldgeber von der Bank einen Zins fordern kann, hängt mit der Hortbarkeit des heutigen Geldes zusammen, wobei die letztere erst durch Einführung einer Umlaufsicherungsgebühr (s. Gesell, Keynes) überwunden werden kann.

e) Die Bundesbank reicht schon heute ihre Zinseinkünfte aus der Kreditvergabe an die Geschäftsbanken an die Bundesregierung weiter.

d) Nach Durchführung der freiwirtschaftlichen Reformen wird die Zentralbank den Geldumlauf vor allem so steuern, daß sie zinslose Geldmittel an die Regierung entweder überweist oder wieder von ihr zurückfordert (s. H.Creutz: Das Geldsyndrom. S. 427).

**2. Währungsfestigkeit unnötig**

Lämmel hält die Herstellung dauerhafter Währungsstabilität nicht nur für unmöglich und unnötig, sondern sogar für schädlich. So wie Färber überträgt er dabei die Forderung nach freier Preisbildung bei den Wechselkursen und bei Einzelgütern auch auf die Währungsfrage: "Das Schwanken der Inlandspreise und danach des Preisindex, der die Leistungskurve der Volkswirtschaft anzeigt, ist ebenso naturgemäß, zwangsläufig und symptomatisch wie danach das Schwanken der Wechselkurse. Der Versuch oder die Behauptung der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit einer (bürokratischen) 'Stabilisierung' ist ebenso unmöglich wie unsinnig. Damit ist freilich nicht gesagt, daß 'Stabilisierungs'-Manipulationen nicht dem Nutzen und der Freude einiger Interessengruppen dienen .... " (L II, S. 25)

Der letzte Satz dürfte hinsichtlich der Geldpolitik der Notenbanken unter den heutigen Voraussetzungen teilweise zutreffend sein.

**3. Zinsloses Sparen?**

Auch nach A. Lämmel darf es kein Banksparen und keine Bankkredite mehr geben. Doch kann man sein übriges Geld - zinslos - dem Staat übergeben, der es dann für seine Zwecke verwendet.

Fragen:

Wer ist denn so töricht, dies zu tun? Ist eine Wirtschaft denkbar, die ohne Kredite auskommt? Wird dann nicht zwangsläufig ein schwarzer Geld- und Kapitalmarkt entstehen, auf dem besonders hohe (Gefahren-)Zinsen gezahlt werden müssen? Wird hier nicht deutlich, daß auf so verkrampfte Weise das Zinsproblem nicht gelöst werden kann?

**4. Dauerinflation zu Steuerzwecken?**

In einem entscheidenden Punkt weicht Lämmel von den Forderungen seines Lehrmeisters Heinrich Färber ab: in der Steuerfrage. Während der letztere einen laufenden Geldumtausch zur Einhebung seiner "automatischen Steuer" forderte, schlägt Lämmel in erster Linie eine jährliche inflationäre Geldausweitung zu Steuerzwecken vor:

"In der Regel wird sich die Geldherstellung zu Steuerzwecken als die geeignetere, rationelle Form der 'automatischen Steuer' erweisen und für den Steuerzahler kaum spürbar sein, während der

Geldumtausch mit Abzug zu Steuerzwecken auf bestimmte Fälle und Notwendigkeiten beschränkt sein wird. (Z.B. bei Geldfälschungen, Geldraub größeren Ausmaßes.)

Durch die Geldherstellung zu Steuerzwecken wird das gesamte vorhandene Geld - das Geldvolumen - auf kaum spürbare Weise in seiner Kaufkraft um den Prozentsatz des vermehrten Geldes geschwächt. Somit sind die Hauptforderungen an ein Steuersystem: gerecht und rationell, erfüllt." (L II, S. 22)

Kritische Anmerkungen:

1. Mit dieser Abweichung von Färbers Reformprogramm gibt Lämmel aber unbedachterweise etwas Entscheidendes preis: die Geldumlaufumsicherung (durch den ständigen Geldverruf) und damit das einzig wirksame Mittel gegen die Zinsentstehung (wobei freilich gesagt werden muß, daß bereits Färber diese Wirkung als nebensächlich und eigentlich ungewollt bezeichnete, abtat und verkannte; F II, S. 24). Lämmel schwenkt damit voll auf die Linie Gottfried Feders ein, der gleichfalls die Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch die staatliche Ausgabe zinsloser "Kassengutscheine" verlangt hatte. Da hilft es auch nicht viel, wenn Lämmel hinzufügt, die "Gesamtsteuerhöhe" müsse "demokratisch" erfolgen, indem sie vom "Bundestag, im %-Verhältnis zum Geldvolumen, festgesetzt wird" und indem "das Steuergeld an die Gemeinden, entsprechend ihrer Bürgerzahl, aufgeteilt wird." (L II, S.20)

2. Die Forderung, sämtliche Steuern durch Banknotenneudruck aufzubringen, also durch die Erzeugung einer Inflation, stellt eine Umfälschung von Färbers "Automatischer Geldsteuer" dar, wogegen dieser sich ausdrücklich verwahrt hatte. Die betreffenden Sätze seien nochmals wiedergegeben: **"Die ergokratische Steuerreform besteht übrigens nicht darin ... , daß Steuer mittels Inflation genommen werde - das geschah ja in Frankreich schon vor 142 Jahren - sondern darin, daß nur das Geld und nicht anderes Steuerobjekt sein soll ... "** (F II, S. 19)

3. Lämmel behauptet, daß durch die von ihm geforderte "Geldherstellung zu Steuerzwecken" das "vorhandene Geld ... auf kaum spürbare Weise in seiner Kaufkraft ... geschwächt" werde.

Wirklich? Dazu eine Berechnung: Ende 1994 war in Deutschland das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen und Geldumlauf: 786 Mrd DM zu 251 Mrd DM, also rund 3,1 zu 1. Bei völliger Ersetzung der Gesamtsteuererfordernisse durch eine Geldmengenvermehrung hätte die jährliche Inflationsrate also rund 310 Prozent betragen! (Durch die inflationsbedingte Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit der neugeschaffenen Geldmassen wäre der Preisanstieg wahrscheinlich noch um einiges höher gewesen!)

## 5. Inflation? Währungsstabilität? Deflation?

Lämmels Aussagen zum Thema Währungsfestigkeit sind widersprüchlich: Einerseits spricht er von einem eingeplanten leichten, "kaum spürbaren" (?) Kaufkraftverlust (durch seine inflationäre "automatische Steuer"); andererseits erhofft er sich ein etwa "gleichbleibendes Gesamtpreisniveau" durch einen der Geldvermehrung entgegenwirkenden "Brutto-Sozialproduktzuwachs" dank "Produktivitätsfortschritt" (L II, S. 21; also Währungsstabilität nur dank Fortsetzung des umweltbeschädigenden Wirtschaftswachstums!); und schließlich sieht er auch eine deflationäre Geldentwicklung voraus, die dann zum Spargeld anregen könnte: "Spargeld soll zinslos in öffentlichen Kassen liegen ... Die stetig steigende - anstatt wie bisher ständig sinkende - Kaufkraft ist echte Verzinsung ... " (Flugblatt, 3. Fassung, 1994).

## 6. Sonstige Kritik an Gesell

Im einzelnen hat Lämmel folgendes gegen Gesell vorzubringen:

1. "Nur deswegen kam Gesell auf die ausgefallene fixe Idee der Geldumlaufbeschleunigung ... " (LR, 1.7.95)

Antwort:

Die von Gesell vorgeschlagene Geldbenützungsg Gebühr soll den Geldumlauf nicht so sehr "beschleunigen", sondern ihn verstetigen! Ein ganz entscheidender Unterschied! Gerade das heutige, nicht umlaufgesicherte Geld erfährt bald - während Inflationsphasen - eine "Beschleunigung", bald verlangsamt sich sein Umlauf - zu Rezessionszeiten. Beides aber wirkt krisenverschärfend.

2. "Es gibt heute kaum noch Geld, das zu Hause, im 'Strumpf' gespart wird. Liegt nicht das meiste Geld auf Bankkonten?" (LR, 29.4.91)

Antwort:

Geld kann nicht nur in Barform, sondern auch auf dem Girokonto gehortet werden. Es ist zudem nicht ganz zutreffend, daß heute keine Banknoten mehr zurückgehalten würden. Wohl mehr als die Hälfte der Geldmenge ruht in den Tresoren von Steuerflüchtlingen oder Schwarzhändlern, wird im informellen Bereich als Zahlungsmittel genutzt oder befindet sich als Ersatzwährung im Ausland. Wenn die andere Hälfte umläuft, dann deshalb, weil die heutigen, destruktiven Geldumlaufsantriebe, Zins und Inflation, durchaus wirksam sind. Sobald diese aber unter eine bestimmte untere Grenze abzusinken drohen - wie das in der Vergangenheit schon mehrmals der Fall war - , nimmt die Geldhamsterung zu, meist begleitet von einem Wirtschaftseinbruch.

3. "Und sind nicht die Bankkonten, lt. Gesellthesen, vom jährlichen Geldwertverfall ausgenommen?" (LR, 29.4.91)

Antwort:

Für die freiwirtschaftliche Geldreform reicht es nicht aus, lediglich eine bargeldbezogene Umlaufsicherungsgebühr zu erheben. Es muß das Gebot der Fristenkongruenz hinzukommen (d.h. die Forderung nach Fristengleichheit von Bankeinlagen und darauf beruhenden Ausleihungen; die Vergabe sogar langfristiger Kredite auf der Grundlage kurzfristiger Kundeneinlagen bei den Banken - eine wie seit jeher, so auch heute noch übliche Vorgehensweise - würde dadurch unterbunden). Infolgedessen überträgt sich die Umlaufsicherung des Bargeldes voll auf alle Bankeinlagen und wird der Geld- und Einlagenbesitzer, wenn er der Hortungsabgabe ausweichen möchte, zur langfristigen Geldanlage gedrängt, und zwar ohne Zinsversprechen. Wobei ich mir bewußt bin, daß diese Erkenntnis in Freiwirtschaftskreisen noch nicht sehr weit verbreitet ist.

4. "Führt die Geldumlaufbeschleunigung ... nicht zu ökologisch noch bedenklicherem Wachstum?" (LR, 29.4.91)

Antwort:

a) Der Geldumlauf soll nicht vor allem "beschleunigt", sondern verstetigt werden.  
 b) Die Hortungsabgabe beträgt im Jahr 4 bis 6 Prozent, ist also kaum höher als oft bei uns die Inflationsrate, ganz abgesehen von den weit höheren Geldwerteinbußen im Ausland. Dennoch findet nach durchgeführter Geldreform keine Flucht in die Sachwerte statt, weil dank eben dieser Hortungsabgabe die Notenbank in die Lage versetzt ist, die Währung dauerhaft stabil zu erhalten. So ist jederzeit eine Flucht in die sichere, vor Inflation geschützte Spargeldanlage möglich. Weil bei zinsfreiem Geld keine Geldvermehrung aus sich heraus mehr stattfindet, ebbt auch der Wachstumsdruck ab und wird sich die Wirtschaft - auch noch aus anderen Gründen - gleichmäßiger entwickeln.

### **Nachtrag, 1995 (1997)**

Nach Übermittlung dieser Abhandlung an Herrn Lämmel sandte er mir am 7.11.95 einen kurzen Antwortbrief, worin es unter anderem hieß:

"Ihre Ausarbeitung ... hat mich nicht überzeugt und in Briefwechseln mit 'Freiwirten' gab es schon weit fundiertere Einwände, die vor allem Fakten nicht ignoriert haben ... S i e negieren weiterhin, wie Creutz, die ungeheuren Gewinne, die BANKEN aus den fallweisen (permanenten) Geldzuteilungen aus den Notenbanken ziehen und daß dadurch der Geldumlauf kreditär wird ... Anbei zwei Zeitungsmeldungen der letzten Tage über die riesigen Geldmengen, die von der Notenbank an die

Banken fließen ... Man faßt sich an den Kopf! ... Ich kann gut verstehen, daß sie jetzt keine Lust mehr haben, sich weiter zu äußern!"

In seinem vierteljährlichen Mitteilungs-Faltblatt "Der Schlüssel" für möglicherweise Interessierte (vom 1.7.1997) stellte A. Lämmel meine Färber-Abhandlung so vor: "Suada", "purer Unverstand und Wichtigtuerei", "KGB-reife Desinformation", "traurige Schrift" usw.

Erwiderung:

Den von Lämmel beigelegten dpa-Meldungen (vom 2.11. und 9.11.1995) war zu entnehmen, daß die Bundesbank "den Kreditinstituten im Rahmen ihres jüngsten Wertpapierpensionsgeschäftes" zunächst "51,9 Milliarden DM an kurzfristigem Geld" zugeteilt hatte. Eine Woche später waren es 67,6 Milliarden DM. Es wurde aber hinzugefügt, daß am selben Tag 68,9 Milliarden DM "fällig geworden waren"! Die Zentralbankgeldmenge, worüber die Banken dann verfügten, war zu diesem Zeitpunkt sogar um 0,7 Mrd. DM geringer geworden! Die Wertpapierpensionsgeschäfte laufen nämlich nur über kurze Zeit, z.B. zwei Wochen, und müssen immer wieder neu - oft zu leicht veränderten Zinssätzen - abgeschlossen werden. Im wesentlichen sind es bloße Kreditverlängerungen! Insgesamt nimmt die Verschuldung der Kreditinstitute gegenüber der Bundesbank nur sehr allmählich zu, in der Hauptsache lediglich um den Betrag, mit dem die Bundesbank jährlich den Banknotenumlauf ausweitet. Keineswegs fließen den Geschäftsbanken jedesmal *zusätzliche* "riesige Geldmengen" - wie Lämmel es mißverstanden hat - von der Bundesbank zu! Ein kurzer Blick auf die regelmäßigen "Wochenausweise" der Bundesbank hätte das lehren können.

### Zweiter Nachtrag, April 2003

**Verzerrte Sicht der Notenbankpolitik:** Für Heinrich Färber gibt es eine Kumpanei zwischen Notenbank einerseits und andererseits Geschäftsbanken (vor allem "Großbanken und Konzernen") in der Weise, daß die ersteren den letzteren einen Großteil der neugedruckten Geldscheine vorzugsweise zukommen ließen. Vor allem durch diese "private Inflation", wie Färber das nannte, werde das Volk ausgebeutet. Doch ist dies eine weitgehend zeitbedingte Aussage, denn während der Großen Inflation (1918-1923) konnten sich Großspekulanten in der Tat, wie bereits geschildert, auf Kosten der Allgemeinheit maßlos bereichern. In jener Zeit aber - veröffentlicht 1924 - entstand Färbers *Ergokratisches Manifest*.

Heute jedoch ist das Zusammenwirken von Zentralbank und Kreditinstituten ganz anders geregelt. Die von Färber damals zu Recht beanstandete "Geldherstellung für Nichtleistende für das Bankensystem auf Grund von Privilegien" (Lämmel in einem Leserbrief für die DS-Ausgabe 1/03) wird von letzterem irrtümlicherweise auch auf die Gegenwart bezogen. Bis heute empört er sich über die Geldpolitik der (damals noch selbständigen) "Bundesnotenbank", wobei den Kreditinstituten in kurzen Zeitabständen hohe Milliardenbeträge zugeschanzt würden, z. B. "am 23.12.1998 ... rund 60 Milliarden DM zu 3 % Zinsen." (*Programm 2000*). Sie stellten eine "Beraubung" der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit dar.

In Wahrheit handelt es sich hier, es sei nochmals gesagt, nicht um jeweils zusätzliche Kredite, sondern um Kreditverlängerungen: Ein neuer kurzfristiger Kredit tritt an die Stelle eines fällig gewordenen, oft zu etwas abgeänderten Zinsbedingungen, je nach geldpolitischen Erfordernissen. So haben die deutschen Banken z.B. in den neunziger Jahren ihre Kreditaufnahme bei der Bundesbank jährlich um nicht mehr als 11 Mrd DM (!) ausgeweitet, etwa entsprechend dem für das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes erforderlichen Bargeldbetrag. Zudem benötigen die Banken solche Notenbankkredite häufig für die Bargeldabhebungen ihrer Kunden, oder zur Aufstockung ihrer Mindestreserven bei der Bundesbank, können sie also zinsbringend gar nicht verleihen. Die eigentliche Quelle möglicher Gewinne ist nämlich (abgesehen von den Provisionen während der Aktien-Hausse) das Einlagen- und Verleihgeschäft beim großen Publikum. Dessen jährliche Zunahme im obenerwähnten Zeitraum: 351 Mrd. DM! Zudem sind die Banken im Falle einer Herabsetzung der Notenbank-Leitzinsen gezwungen, früher oder später solche Vorteile an ihre Kundschaft weiterzureichen. *Spiegel* 51/2002: Die Bankendichte in Deutschland führe zu einem "ruinösen Preiskampf zwischen den Instituten". Die Folge: "Kaum irgendwo sonst auf der Welt sind Bankdienstleistungen so billig wie in Deutschland." Auch deshalb steckten die Banken in der BRD "in

ihrer tiefsten Krise seit über 50 Jahren". (Für genauere Auskünfte siehe Helmut Creutz: *Das Geldsyndrom*, Econ 2001, S. 83-108, 225-235).

Um nicht mißverstanden zu werden: Freilich sind Banken irgendwie "privilegiert", aber nicht viel anders als sonstige Großkonzerne. Und selbstverständlich muß für eine wirklich zielführende Währungsverbesserung (s. freiwirtschaftliche Vorschläge) auch die Geldpolitik der Zentralbank anders gestaltet sein.

(Einschränkendes: Die amerikanische Zentralbank, FED genannt (Federal Reserve System), 1913 vom Kongress mit Gesetzeskraft versehen, ist auf seltsam geheimnistuerische Weise auf den Weg gebracht worden, setzt sich aus privaten Aktiengesellschaften zusammen und ist hinsichtlich ihrer Machtstellung in vielem ein Sonderfall.)

**Zur Gewinnentwicklung der deutschen Banken:** Eine Untersuchung auf der Grundlage der Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank ergibt folgendes Bild (siehe dazu einen Aufsatz von Helmut Creutz in der Schweizer Zeitschrift *r/evolution*, April 2002): Die Zinsmarge bzw. der Zinsüberschuß der deutschen Banken, d.h. deren Bruttoeinkünfte aus Kredit- und Provisionsgeschäften, betrug von 1968 bis 1988, bezogen auf das Geschäftsvolumen, rund 2 Prozent, um dann allmählich abzusinken. Im Jahr 2000 erreichte die Zinsmarge bei einem Satz von 1,15 Prozent bereits einen bedrohlichen Tiefpunkt.

Der Jahresüberschuß der Banken vor Steuern aber errechnet sich nach Abzug aller Kosten, wobei der Personalaufwand den größten Ausgabenposten darstellt. Dieser Jahresüberschuß bewegte sich, in Prozenten des Geschäftsvolumens gemessen, bis 1998 etwas oberhalb der 0,5-Prozent-Marke und brach dann bis 2000 auf 0,3 Prozent ein. In Mark-Beträgen ausgedrückt: Während der Überschuß vor Steuern 1998 noch bei 66 Mrd. DM lag, sank er im Jahr 2000 auf 38 Mrd. DM ab - Folge der damals beginnenden und danach sich verschlimmernden allgemeinen Bankenkrise.

Nach Abzug der Steuern, die seit jeher bei etwa 50 Prozent liegen, halbieren sich also die vorgenannten Milliardenbeträge. Rechnet man diese auf das Eigenkapital der Banken um, das sich auf rund 500 Mrd. DM beläuft, so ergibt sich hinsichtlich der 90er Jahre eine durchschnittliche Verzinsung von rund 5 Prozent - eine Zahl, die eher am unterem Rand der üblichen Sätze liegt.

Es ist also grundfalsch, in der Geld- und Zinspolitik der heutigen Zentral- und Geschäftsbanken die Hauptursache der tatsächlich vorhandenen Zinsausbeutung erkennen zu wollen. Diesem Irrtum aber unterliegt A. Lämmel, wenn er - an vorliegenden Tatsachen vorbei - z.B. schreibt: "Die Geldzuteilungen der Bundesnotenbank an Banken (gemäß des jährl. 'Geldmengenzieles') sind eine Beraubung all derjenigen, die nur durch Arbeit zu Geld kommen können." (*Programm 2000*) Ferner: "Z.B. ist ein ordnungsgemäßes (harmonisches) Zusammenleben nicht möglich, wenn der Großteil des Volkes Geld nur durch Arbeit erwerben kann (muß), während eine durch das Gesetz bevorzugte kleine Schichte Geld direkt aus der Notenpresse beziehen kann." (*Die Volkspartei. Programmentwurf*. Leipzig, 1.7.2002)

Übrigens: Auch nach freiwirtschaftlichen Erkenntnissen ist es eine bare Selbstverständlichkeit, daß die Zentralbank der Zukunft bzw. ein staatliches Währungsamt die gegebenenfalls für die Ausweitung des Geldumlaufs und zur Aufrechterhaltung der Währungsfestigkeit erforderlichen Geldmittel an die Regierung **zinslos** weiterreicht.

Ferner: Die Herausgabe zinslosen Geldes durch die Notenbank oder durch den Staat stellt keineswegs eine Lösung der Zinsfrage dar. Sobald dieses Geld in den Besitz des großen Publikums gelangt, entsteht die Zinsfrage von neuem: Weil Liquidität mit Vorteilen verknüpft ist, will jedermann für den Verzicht auf die Verfügbarkeit darüber eine Entschädigung haben: den Zins!

**Lämmels Umdeutung von Färbers "Automatischer Steuer":** Wie weiter oben schon ausgeführt, will A. Lämmel - in Abkehr vom eigentlichen Inhalt der Färberschen "Automatischen Steuer", aber unter Weiterverwendung dieser Bezeichnung - sämtliche Steuern: "Mehrwertsteuer, Lohnsteuer, Einkommensteuer usw.", durch staatlichen Banknotenneudruck einheben. Das hätte freilich außerordentlich hohe Inflationsraten zur Folge. Jedoch: Inflation (und Deflation) sind nach Färbers Lehrmeinung ja unbedenklich. So heißt es bei Lämmel wörtlich (*Programm 200*): "Demokratische Geldherstellung für die Allgemeinheit ... zu Steuergeldzwecken ...". Hierzu eine neuere Berechnung: Im Jahr 2000 bezifferte sich der Gesamtsteuerbetrag auf 913 Mrd. DM; der Banknotenumlauf schwankte um 245 Mrd. DM. Die Vermehrung der Bargeldmenge um 913 Mrd. DM hätte die Inflationsrate auf rund 370 Prozent hinaufgetrieben (ohne Berücksichtigung des inflationsverursacht raschen Anstiegs

der Geldumlaufgeschwindigkeit). Und dennoch heißt es in Lämmels *Programm 2000* unbegreiflicherweise, der massenhafte Banknotenneudruck müsse "unter Berücksichtigung der Preisstabilität" erfolgen (Beschönigungstaktik? Unwissenheit?). Wenig tröstlich ist der Gedanke, daß im "ergokratischen" Zeitalter die Steuerrate ja wesentlich geringer sei; denn selbst bei wirklicher Zinsüberwindung wird sich die wirtschaftlich-finanzielle Gesundung über viele Jahre hinziehen. Und bei der Vorgehensweise nach *Programm 2000* kann sie überhaupt nicht eintreten. Auch deshalb: Es genügt ja nicht, daß der Geldumlauf ein einziges Mal um z.B. 913 Mrd. DM ausgeweitet wird; Jahr für Jahr entstehen nämlich neue Steuererfordernisse, und demgemäß müßten wiederum ähnlich hohe Banknotenbeträge in Verkehr gegeben werden ... Die Inflation nähme bald astronomische Ausmaße an, und die Folge wäre in Kürze: ein Währungszusammenbruch.

Doch damit nicht genug: Im *Programm 2000* findet sich die zusätzliche Forderung, "eine allgemeine beitragsfreie (!) Alters- und Erwerbsunfähigen-Grundrente von zur Zeit 1800 DM" einzuführen, die gleichfalls durch Banknotenneudruck zu finanzieren sei. Schon allein die hierfür jährlich erforderliche dreistellige Milliardensumme würde entsprechende Bargeldvermehrungen durch die Notenbank und damit eine weitere Erhöhung der Inflationsrate zur Folge haben: um ungefähr 175 Prozent (ausgehend von den rund 20 Millionen Rentenbeziehern im Jahr 2000).

Solch eine "ergokratische" Geldreform ist eigentlich nichts Neues. Sie hat es in der Vergangenheit schon Dutzende Male gegeben, nämlich immer dann, wenn irgendeinem verlotterten Staat das Geld ausging und die Regierung in ihrer Not die Währungsbehörde anwies, die Banknotenpresse anzuwerfen ...